

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 14 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 2. April 1915

Inhalt: Ostern. — Beitragsleistung. — Falsche Freunde.
— Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit.
— Aufklärendes über die Kriegswochenhilfe. — Konsumenten
und wirtschaftliche Disziplin. — Aus Industrie und Handel. —
Korrespondenzen. — Genossenschaftliches. — Rundschau. —
Sterbefall. — Anzeigen.

Ostern.

Nicht Monate sind es her, daß die Flammen
des Krieges die Welt entzündeten und noch
immer glühen sie und lodern sie. Opfer über
Opfer fallen dahin, Tausende und Abertausende
gaben ihr Leben. Und wofür das? Wofür
sterben all die Scharen da draußen den Opfer-
tod? Für uns, für ihre Mitwelt, für ihre
Brüder und Schwestern, für ihr Vaterland. Wir
erleben heute im eigenen Volke tausendfältig
einen Opfertod, wie ihn die christliche Kirche
vor 2000 Jahren den Nazarenen sterben ließ.
Und wenn die Kirche nun heute dieses Todes
feiernd gedenkt, dann wollen und können auch
wir Auferstehung feiern, jene Auferstehung, wie
wir sie nach all den blutigen Opfern des
Schlachtfeldes für unser Volk erziehen.

Wahrhaftig all die Opfer, die unsere Brüder
da draußen gegeben, sie sollen nicht umsonst
sein. Und wenn tausendmal an dieser Aufer-
stehung gezweifelt wird und wenn man ihr
tausendmal im anderen Lager gleichgültig
gegenübersehen sollte oder gar feindlich, sie
kommt, sie wird, sie muß kommen. Solch eine
Zeit, solch ein gewaltiges Erleben, solch Auf-
weckendes von Hirn und Herz kann nicht ohne
jede bleibende Wirkung vorübergehen. Noch nie
ist es geschehen in der Weltgeschichte, daß eine
gewaltige Zeit ihre Spuren nicht hinterließ.
Und wenn die Masse des Volkes sich nachher
noch so gleichgültig im alten ausgefahrenen
Gleise weiter schleppen läßt, um so auf-
rechter werden die Kämpfer dastehen, die sich
bereits heute zur Auferstehung bekennen, und
all die Ungezählten, die, guten Willens, heute
noch nicht wissen, wohin des Weges; solch ein
Erleben wird auch in ihnen nicht plötzlich
unerlebt sein. Aufgerüttelt hat ohne Zweifel
ungezählte Scharen diese gewaltige Zeit zu
eigenem Denken und zu eigenem Fühlen. Und
darum muß die Auferstehung kommen, muß
sie kommen.

Können wir wohl schöner das Fest der
Ostern feiern als in diesem Geiste? Können
wir dem Feste jetzt in dieser Zeit des Krieges
wohl einen tieferen Gehalt geben? Kann von
diesem Feste bei solchen Feiern wohl ein edlerer
Segen austreten für die kommende Zeit? —

Darum, ihr Braven da draußen, seid
mutig! Umsonst sollt ihr euer teures Leben
nicht aufs Spiel setzen und tausendfach dahin-
geben. Jeder letzte Atemzug da draußen soll
werden ein neuer Strahl der Auferstehungs-
sonne des kommenden neuen Vaterlands. Das
geloben wir euch am Osterfeste — wir.

Für die Woche vom 4. bis 10. April
ist der 15. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus
Verbandsmitteln.

falsche Freunde.

Bei den Verhandlungen zur Schaffung eines
Reichstarifes für das Lederausrüstungs-gewerbe
brachte der mitanwesende Vertreter der Leder-
warenfabrikantenvereinigung Deutschlands des
öfteren zum Ausdruck, bei Festsetzung der Ar-
beitslöhne, besonders auf Patronentaschen und
Tornister, auf die Verhältnisse im Offenbacher
Gebiet gebührend Rücksicht nehmen zu wollen,
da hier für verschiedene Ausrüstungsstücke weit
über den Berliner Tarif nebst Kriegszuschlag
gezahlt wird. Wenn schon diese Löhne reduziert
werden, so müßte das durch allmählichen Abbau
geschehen, um nicht die Arbeiterschaft ernstlich
zu beunruhigen und die beschleunigte Herstellung
von Ausrüstungsstücken zu beeinträchtigen. Diese
Ausführungen deckten sich im großen und ganzen
mit denen der Arbeitervertreter und ließen er-
hoffen, daß gerade die Offenbacher Lederwaren-
fabrikanten am ehesten geneigt sein würden,
zum wenigsten die vereinbarten Mindestzeitlöhne
ungefähr zu zahlen. Leider blieb es bei der
Hoffnung, die Tatsachen sprechen ein ander
Wort. In keinem anderen Orte mit so um-
fangreicher Militärarbeit werden der Lückenlos-
einführung des Reichstarifs sowie Schwierig-
keiten bereitet wie gerade in Offenbach. Haupt-
sächlich werden Berufsfremde und Arbeit-
erinnen die tariflichen Rechte streitig gemacht und
um Pfennige gefeilscht, als hänge davon
Deutschlands Sicherheit ab.

Gerade die Offenbacher Arbeiterschaft hat
durch ihre Anpassungsfähigkeit an die neuen In-
dustrieverhältnisse und mit der einmütigen An-
erkennung des Reichstarifs den Beweis geliefert,
daß sie Opfer zu bringen imstande ist, wenn es
gilt, die Herstellung von Heeresbedarfsartikeln in
geordnete Bahnen zu leiten. Angesichts dieser
unbestrittenen Tatsache hätte man auch von
allen Unternehmern in Offenbach erwarten
dürfen, sie werden über Meinigkeiten hinweg-
sehen und nicht, wie nach dem Abschluß des
Tarifs für die Lederwarenindustrie, durch
sophistische Ausflügelungen den Versuch machen,
gegen den Geist des Vertrages zu handeln. Aus-
drücklich heißt es im Protokoll über die Be-
ratungen zum Reichstarif, für gleiche Leistungen
ist gleicher Lohn zu zahlen, ohne Rücksicht, ob der
zur Leistung Verpflichtete vor Ausübung des
Berufes eine dreijährige Lehrzeit als Sattler
durchgemacht hat. Demzufolge können die Be-
rufsfremden mit Recht Anspruch auf den Lohn
gelernter Sattler erheben, wenn sie deren Arbeit
ausführen. Auch den Lederarbeiterinnen ist der
ihnen tariflich gewährleistete Mindestlohn zu

zahlen, ohne daß erst die Schlichtungskommission
oder noch andere Instanzen dies ausdrücklich fest-
legen. Die Militärbehörde zahlt den Unternehmern
solche Preise, daß sie ohne Einbuße an ihrem Pro-
fit auch Löhne zahlen können, die allen Arbeitern
und Arbeiterinnen ein auskömmliches Leben er-
möglichen. Aber leider gibt es Unternehmer, die
nicht davon ablassen können, den Lohn der Ar-
beiter wie den Kauf einer alten Hose zu be-
trachten, es muß immer etwas abgehandelt wer-
den. Sind die Arbeiter organisiert und willens-
stark, sind sie mit den ihnen zustehenden Rechten
vertraut, dann wird es beim bloßen Versuch
bleiben. Nicht einmal die Behauptung wird ver-
fangen: „Gern möchten wir höhere Löhne zahlen,
aber Ihr Verband hat es ja verboten. Wenn
Sie nicht zufrieden sind, gehen Sie dorthin und
bedanken sich bei ihm!“ Was ist der Zweck dieser
Uebung? Man will die gewerkschaftliche Or-
ganisation als arbeiterfeindlich verleumdend, will
sie den Arbeitern dauernd verfehlen, um nachher
uneingeschränkt nach Belieben schalten und wal-
ten zu können. Wir bedauern es am meisten,
im Zeichen des Burgfriedens solch harte Worte
gebrauchen zu müssen. Hoffen aber davon, daß
die Unternehmer, die es angeht, sich bald eines
besseren befinden und den Reichstarif auch durch
die Tat anerkennen.

Einzelnen Unternehmern der Lederwaren-
industrie liegt der Reichstarif schwer im Magen,
nicht etwa, weil dadurch in der Aus-
rüstungsindustrie geordnete Verhältnisse ge-
schaffen werden können, sondern ihr Instinkt sagt
ihnen, was die Arbeiter einmal mit Hilfe ihrer
Gewerkschaft errungen und auch durchgeführt
haben, das lassen sie sich auch nicht leichter Hand
wieder wegnehmen, auch dann nicht, wenn sie,
anstatt Tornister und Patronentaschen, Damen-
taschen und andere Lederwaren anfertigen wer-
den. Das ist der springende Punkt.

Der Ablaufstermin des Tarifs für die
Lederwarenindustrie rückt immer mehr in greif-
bare Nähe. Wenn zu diesem Zeitpunkt die
Organisation der Arbeiter nicht stark genug ist,
dann wird es den Unternehmern ein leichtes sein,
die Reformbestrebungen der Lederwarenarbeiter
abzuweisen. Nur von diesem Gesichtspunkte sind
die oben zitierten, wohlwollend klingenden
Worte der Unternehmer zu bewerten, im anderen
Falle würden sie, ohne viel Aufhebens zu machen,
mindestens den Lohn zahlen, wozu sie tariflich
verpflichtet sind.

Wenn wir die tarifwidrigen Verhältnisse in
Offenbach, ohne für diesen Ort verallgemeinern
zu wollen, einer besonderen Würdigung unter-
zogen haben, so soll damit nicht zum Ausdruck
gebracht worden sein, daß auch nicht anderswo
Geneigtheit vorhanden ist, die tariflichen Rechte
der Arbeiter zu kürzen, oder den Tarifbestim-
mungen eine Auslegung zu geben, woran nie-
mand der mit dem Reichstarifvertragsverhand-
lungen Beauftragten gedacht hat. Vielfach ist
bei Unternehmern die Meinung vorherrschend,

die im § 5 des Reichstarifs festgelegten Bestimmungen lassen eine Wiederbezahlung der Heimarbeit zu. Andere wieder glauben, der Tarif gelte nur für Aufträge, die direkt vom Beschaffungsamt ausgeben, aber nicht für solche, die erst durch die Hände der Zwischenhändler gehen. Vor uns liegt ein Kewers einer größeren und weitbekannteren Treibriemernfirma in W., in dem die Arbeiter unterschriftlich anerkennen wollen, daß es nur vom Entgegenkommen der Firma abhängt, ob sie nach dem Reichstarif entlohnt werden. Der Revers lautet:

Der Reichstarif hat nur solange Gültigkeit, wie Aufträge vom Beschaffungsamt Berlin durch Vermittlung des Kriegesbedarfsausstattungsverbandes vorliegen. Für die übrigen Militäraufträge liegt keine Verpflichtung vor, lediglich entgegenkommenderweise zahle ich bis auf weiteres die im Reichstarif festgelegten Sätze. Bei Uebergang zur Treibriemernfabrikation behalte ich mir vor, in Uebereinstimmung mit den übrigen Konkurrenten die Lohnsätze zu regeln. Ihr Einverständnis ist durch Unterschrift zu geben:

15. 3. 1915.

Unterschrift des Arbeiters.
Firmenstempel.

Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder Arbeiter die Unterschrift auf Schriftstücke verweigert, die den Tarifbestimmungen zuwiderlaufen, ebenso es ablehnt, diesbezügliche Sondervereinbarungen einzugehen. Auf alle Arbeiten auf Veresausrüstungsmitteln muß unbedingt der Reichstarif angewendet werden! Wo es nicht geschieht, ist der Ortsverwaltung bzw. der örtlichen Schlichtungskommission davon Mitteilung zu machen.

Auf der anderen Seite werden die Kollegen von solchen Leuten falsch beraten, die sie zu beeinflussen suchen, mit dem im Etatslohnverzeichnis festgesetzten Löhnen nicht einverstanden zu sein, sie auffordern, darüber hinaus zu verlangen, und bei ablehnendem Verhalten der Unternehmer die Arbeit niederzulegen oder passive Resistenz zu treiben. Wir wissen nicht, in wessen Auftrag diese unverantwortlichen Perionen handeln und wessen Geschäfte sie damit verrichten. Eines aber ist sicher, den Arbeitern ist mit solchen Rathschlägen keineswegs gedient. Sie sind nur geeignet, die Einmütigkeit der Arbeiter zu zerstören, ihre Schlagfertigkeit zu unterbinden und die gewerkschaftliche Organisation in Mißkredit zu bringen.

Diese Gefahren, ob absichtlich herbeigeführt oder ungewollt eintretend, können nur vereitelt werden, wenn die Arbeiterklasse sich immer mehr und mehr um ihre Rechte im Arbeitsverhältnis kümmert. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen sich durch Teilnahme an den gewerkschaftlichen Aufgaben betätigen, dann werden sie auch von der Notwendigkeit der strikten Einhaltung des Reichstarifs für das Lederarbeitsgewerbe überzeugt sein. Sie werden bald erkennen, daß die hier geschaffenen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die Zeit nach dem Kriege gelten und wert sind, auf die anderen Zweige der in unserem Verbands vereinigten Verufe übertragen zu werden.

Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit.)

Von Carl Legien.

Wie die Arbeiterorganisationen in allen Ländern, so wurden auch die Gewerkschaften Deutschlands von dem furchtbaren Unglück des Weltkrieges völlig überzogen. In den letzten Tagen vor Kriegsausbruch veranfaßten die organisierten Arbeiter Deutschlands noch große Kundgebungen für die Erhaltung des Friedens. Ihr Einfluß war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse und die Nationen vor dem schrecklichen Weltbrand, dessen Zeugen wir seit nunmehr acht Monaten sind, zu bewahren. Andere Faktoren trafen die Entscheidung. Die Arbeiterklasse hand vor einer vollendeten Tatsache. Als der Deutsche Reichstag am 4. August 1914 zusammentrat, waren die Kriegshetze an den Grenzen bereits aufeinander gestoßen.

Die Befürchtung, daß mit der Erklärung des Kriegszustandes die Arbeiterorganisationen aufgelöst, ihre Presse und die Versammlungen verboten werden würden, erfüllte sich erfreulicherweise nicht. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits in einer Konferenz am 2. August 1914 Vorfrage für einen solchen Fall getroffen. Das Gegenteil von dem, was zu er-

warten stand, trat ein, und gegenwärtig ist wohl kaum mehr zu befürchten, daß eine Störung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit eintreten könnte. Nicht, daß die Gewerkschaften ihre Anschauungen und Tendenzen geändert hätten. Sie sind ihren Grundgedanken treu geblieben; sie haben auch während der Kriegszeit sich den gleichen Aufgaben gewidmet, die sie während der Zeit des Friedens zu erfüllen suchten: Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, Hilfeleistung für die in Not befindlichen Mitglieber.

Eine Entscheidung in allgemeiner politischer Frage steht den Gewerkschaften in Deutschland nicht zu. Diese ist von der sozialdemokratischen Partei zu treffen, der, wie bekannt, der größte Teil unserer Gewerkschaftsmitglieder angehört. Eine Stellungnahme seitens der gewerkschaftlichen Organisationen zu der Frage der Bewilligung der Kriegskredite und der von der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages während der Kriegszeit verfolgten Politik hat nicht stattgefunden. Die Gewerkschaftspreise kann selbstverständlich diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Von einer kaum in Betracht kommenden Ausnahme abgesehen, billigt die Gewerkschaftspreise Deutschlands das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage der Kriegskredite. Hierbei läßt sich die Presse der Gewerkschaften vom Gedanken leiten, daß an der Tatsache des Weltkrieges nichts zu ändern ist. Obgleich wir international sind und es bleiben werden trotz allem, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, so ist eine leistungsfähige internationale Organisation nur möglich, wenn die nationalen Organisationen stark und fräftig entwickelt sind. Die Entwicklungsmöglichkeit hierfür zu schaffen, kann nicht Aufgabe anderer Nationen sein, sondern sie ist nur durch die Arbeiterklasse des eigenen Landes zu erreichen. Eine Niederlage Deutschlands in dem gegenwärtigen Völkerringen würde diese Entwicklungsmöglichkeit fast betäubend; deswegen muß die Arbeiterklasse in Deutschland eine solche Niederlage zu verhindern suchen.

Das Recht, das die organisierten Arbeiter Deutschlands für sich in Anspruch nehmen, gehen sie selbstverständlich auch den Arbeitern aller anderen Länder zu. Wenn die Gewerkschaftspreise in Deutschland sich gegen Handlungen und Äußerungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in anderen Ländern gewandt hat, so nur dann, wenn diese entweder dazufuß hinausgingen, als wäre die deutsche Arbeiterklasse seit Ausbruch des Krieges der tiefsten Barbarei verfallen, oder wenn der Wunsch und Wille zum Ausbruch kam, Deutschland so niederzuerwerfen, daß sein Handel und sein Wirtschaftsleben völlig vernichtet wird. Ein auch nur amäner ähnlicher Gedanke ist in der Arbeiterpresse Deutschlands gegenüber einer anderen Nation nicht vertreten worden. Schlimm genug, daß unsere Arbeitsgenossen sich mit der Waffe in der Hand im Felde gegenübersehen müssen; furchtbar der Gedanke, daß viele, die ihr Bestes eingesetzt haben, um die Arbeiterklasse international zu vereinen, auf den Schlachtfeldern verbluten. An diesem Verhängnis sollten wir uns und gemühen lassen. Darüber hinausgehend den Schein zu erwecken, als müßte ein unauslöschlicher Haß die Nationen dauernd trennen, kann nicht zum Guten führen. Wir werden nach dem Kriege genau so aufeinander angewiesen sein, als wir es früher waren. Dieser Gedankengang kommt in den Artikeln der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellung der Arbeiterklasse zum Kriege beschäftigen, zum Ausdruck.

In den Gewerkschaften selbst wird diese Auffassung geteilt, denn zu irgendwelchen Auseinandersetzungen über die Frage ist es nicht gekommen. Unsere Organisationen sehen ihre erste Aufgabe in der Hilfeleistung bei der Not, die unvermeidlich infolge des Krieges bei weiten Schichten der Arbeiterbevölkerung eintreten mußte. Glücklicherweise ist nicht eingetreten, was von vielen Vertretern der Gewerkschaften befürchtet wurde. Das Wirtschaftsleben Deutschlands ist nicht zusammengebrochen. Sein Zusammenbruch hätte folgerichtig auch eine völlige Desorganisation der gewerkschaftlichen Organisationen gebracht. Die Arbeiter der Exportindustrie sind in den ersten Kriegswochen schwer betroffen worden. Eine ganze Anzahl veranlaßte die meisten Unternehmer, die Betriebe zu schließen. Die Gewerkschaften in diesen Industriezweigen standen vor der Gefahr, durch die Unterstützung der Arbeitslosen in kurzer Zeit vollständig bankrott zu werden. Sie und gleichzeitig die meisten anderen Gewerkschaften haben sich genötigt, einen Teil der statutarischen Unternehmenseinrichtungen aufzugeben und die ganze Finanzkraft für die Unterstützung der Arbeitslosen einzusetzen. Um dies möglichst lange ausdehnen zu können, wurden die Unterstützungssätze bei vielen Organisationen vermindert. Andere wieder gewährten den Frauen der Mitglieder, die zum Kriegsdienst eingezogen, eine Unterstützung, obgleich diese, wie leicht erklärlich, nach dem Statut nicht vorgesehen war. Die am härtesten betroffenen Gewerkschaften erhielten während einiger Wochen von der Gesamtheit der Organisationen eine Beihilfe, so daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen

konnten. Die Ausgaben, die die Gewerkschaften für Unterstützungen während der Kriegszeit hatten, will ich hier nicht angeben, um nicht den Schein zu erwecken, als sollten die hohen Summen nach außen hin wirken. . . .

Zu verhältnismäßig kurzer Zeit begann das Wirtschaftsleben Deutschlands sich wieder zu heben und dementsprechend die Arbeitslosigkeit sich zu verringern. Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den ersten Kriegswochen ging erheblich zurück. Anfang September waren 21,2 am 31. Oktober 1914 nur 10,7 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Nach der amtlichen Statistik waren im November 1914 in den Gewerkschaften 8,3 Proz. Arbeitslos. Eine neue Erhebung von Gewerkschaftsliste ist Ende Januar erfolgt, das Resultat hierüber liegt noch nicht vor. Allerdings ist bei Beurteilung dieser Zahlen zu berücksichtigen, daß bis zum 31. Oktober 1914 insgesamt 681.006 Gewerkschaftsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen waren. Mittlerweile hat sich die Zahl noch wesentlich erhöht. Komte von den Mitgliebern der Gewerkschaften somit während der Kriegszeit die schlimmste Not ferngehalten werden, so sah es bei den Unorganisierten recht traurig aus. Dem fortgeschrittenen Drängen der Gewerkschaften ist es zu danken, daß auch für diese durch viele Gemeinden Fürsorge getroffen worden ist. Was vor noch nicht langer Zeit in Deutschland als völlig unmöglich galt, hat sich in wenigen Wochen als leicht durchführbar erwiesen. Auch andere soziale Maßnahmen, die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich gefordert wurden, sind getroffen worden. Zu ihrer Durchführung sind die Gewerkschaften von der Regierung herangezogen worden und sie haben bereitwillig ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vor wenigen Monaten noch wurden unsere Organisationen von den Unternehmern und der Regierung als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben angesehen und behandelt. Heute weiß man den Wert dieser Vereinigungen zu schätzen.

Allerdings hätten wir sehr wohl gewünscht, daß diese Anerkennung aus anderen Ursachen erfolgt wäre, als es jetzt geschehen. Gefommen wäre sie trotz aller Widerstände. Die ungewohnten Opfer an Menschenleben und Kulturgütern lassen nur schwer eine Genugtuung, viel weniger noch Freude an der sozialen Fortschritt, der sich in Deutschland vollzogen hat, aufkommen.

Aufklärendes über die Kriegswochenbeihilfe.

Eine wichtige Entscheidung für die Arbeiterfamilien ist ohne Zweifel die Bundesratsverordnung vom 8. Dezember 1914, die für die Dauer des gegenwärtigen Krieges eine Wochenhilfe und materiellen Beistand an stillende Mütter vorseht. Sie ist schon allein deswegen von Bedeutung, weil dadurch anerkannt ist, daß zur Erlangung eines gesunden Nachwuchses in den Kreisen der bezugslosen Bevölkerung eine Unterstützung aus allgemeinen Mitteln nicht zu entbehren ist.

Die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung ist von den Vertretern der Arbeiterklasse und von Ärzten wiederholt bewiesen worden, besonders lebhaft bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, die die Vorschriften über die Krankenträgerbeihilfe enthält. Die Krankenträger gewähren Wochenhilfe, aber natürlich nur ihren Mitgliedern. Sie dürfen sie nur leisten, wenn das Mitglied in den 12 Monaten vor der Entbindung mindestens 26 Wochen einer Krankentafel angehört hat. Dadurch fällt für einen großen Teil selbst der weiblichen Kassenmitglieder jeder Anspruch auf Unterstützung während des Wochenbettes fort. Beihilfe während der Schwangerschaft, zu den Kosten der Entbindung oder Hebammenhilfe und Stillgeld sind nicht allgemein vorgesehen, sondern müssen besonders in den Kassenfassungen festgelegt sein. Weil nun sehr häufig Frauen während der Schwangerschaft aus ihrem Beruf und dadurch aus der Krankenträgerpflichtigen Beschäftigung auscheiden und deswegen rechtzeitig ihre Mitgliedschaft bei der Krankentafel als Selbstzahler fortzusetzen so verlieren viele ihren Anspruch auf die Kassenleistungen und ganz besonders die auf Wochenhilfe, selbst wenn sie vor der Niederkunft wieder Kassenmitglied geworden sind. Die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder, die Anspruch auf Wochenhilfe nach den Kassenfassungen erheben können, ist also verhältnismäßig gering.

Der Krieg gab Veranlassung, auch in den Kreisen, die bisher den Forderungen auf Ausgestaltung der Wochenhilfe ablehnend gegenüberstanden, eine andere Haltung hervorzuweisen. Es ist dies auch ganz verständlich. Mehr als je ist eine Unterstützung der Wöchnerinnen neben Beihilfe zu den Kosten der Entbindung und die Gewährung eines Stillgeldes in der gegenwärtigen Zeit dringend geboten, wo der Tod in die Reihen der Männer große Lücken reißt und die wirtschaftliche Lage eines ganz erheblichen Teils der arbeitenden Bevölkerung durch den Krieg

*) Aus der „Internationalen Korrespondenz“.

bedeutend verschlechtert ist. Soll die Bevölkerungsziffer nicht zurückgehen, ist der Schutz der neugeborenen Weisen besonders notwendig. Wichtig ist aber auch, der werdenden Mutter eine gewisse Ruhe dadurch zu geben, daß sie sich während des Wochenbettes wenigstens einigermaßen gesichert weiß und sich nicht in Sorge darum verzehrt, wo sie die Entbindungskosten hernehmen und wovon sie in der Zeit des Wochenbettes leben soll.

Weider war es nicht möglich, für alle Wöchnerinnen die Kriegswochenhilfe zu erreichen. Nicht einmal für alle Kriegserfrauen kommt sie in Frage. Anspruch auf Kriegswochenhilfe haben nur solche Kriegserfrauen, deren Männer vor Eintritt in den Seeres- oder Sanitätsdienst entweder unmittelbar vorher 6 Wochen oder in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen hindurch gegen Krankheit verhindert gewesen sind. Durch eine neue Verordnung vom 28. Januar 1915 haben auch solche Kriegserfrauen Anspruch, deren Männer zu der nicht gegen Krankheit versicherten Schiffbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören oder bis zum Kriegsausbruch gehört haben, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 2500 Mk. beträgt.

Zugehörigkeit des Mannes zu einer Krankenkasse ist also mit Ausnahme der Bestimmung für Seefleute Voraussetzung für den Anspruch einer Kriegserfrau auf Wochenhilfe. War der Mann die vorgeschriebene Zeit Kassenmitglied, so erhält die Frau

1. einen einmaligen Betrag von den Kosten der Entbindung in Höhe von 25 Mk.,
2. ein Wochenlohn von täglich 1 Mk. für alle sieben Wochentage auf die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen in der Zeit nach der Niederkunft fallen müssen,
3. ein Stillgeld von 50 Pf. täglich (ebenfalls für sieben Wochentage) bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung, wenn die Frau selbst stillt.

Hört sie mit dem Stillen früher auf, dann fällt natürlich auch die Unterstützung früher fort. War in der Zeit der Schwangerschaft ärztliche Hilfe oder solche von einer Hebamme erforderlich, so wird dazu eine einmalige Beihilfe von 10 Mk. gewährt. Das Stillgeld wird neben dem Wochenlohn geleistet. Unter Umständen müssen also für acht Wochen täglich 1 Mk. und 50 Pf. und für vier Wochen täglich 50 Pf. Unterstützung gezahlt werden.

Die Unterstützung wird durch die Kasse gewährt, der der Ehemann angehört oder vor Eintritt des Kriegsdienstes angehört hat, aber nur dann, wenn die Frau nicht selbst Kassenmitglied ist. Gehört sie selber einer Krankenkasse als Mitglied an, so ist diese zur Zahlung verpflichtet, auch wenn die Frau nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung als Mitglied keinen Anspruch auf die Wochenhilfe der Kasse erheben kann. Hat sie aber diesen Anspruch und sind die Leistungen der Kasse höher als die der Kriegswochenhilfe, dann treten die Kassenleistungen in Kraft. Sind diese aber niedriger, erhält die Frau die durch die Kriegswochenhilfe festgelegten höheren Sätze. Ein Anspruch auf die Leistungen der eigenen Kasse und daneben auf die vollen Leistungen der Kriegswochenhilfe kann nicht erhoben werden.

Kriegswochenhilfe wird nicht gewährt, wenn weder der Mann einer Kriegserfrau noch diese selbst gegen Krankheit versichert war oder der Kasse zu kurze Zeit angehört hatte (mit Ausnahme der Bestimmungen für Seefleute).

Zum Teil aber wird Kriegswochenhilfe auch den weiblichen Kassenmitgliedern gewährt, deren Männer keine Kriegsdienste leisten. Dann nämlich, wenn sie selbst Anspruch auf Wochenhilfe haben, diese aber kein Stillgeld oder Beihilfe bei Schwangerschaft und bei der Entbindung vorliegt. Da gerade über diesen Punkt so große Unklarheit vorhanden ist, sei er ganz besonders hervorgehoben.

Gehört z. B. ein weibliches Kassenmitglied in den der Entbindung vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen einer Krankenkasse an, so hat sie Anspruch auf die Wochenhilfe, die die Kassenleistung festlegt. Sie ist in jedem Falle ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen, von denen mindestens sechs in der Zeit nach der Entbindung fallen müssen. Damit wird meist die satzungsgemäße Unterstützung zu Ende sein. Alle Wöchnerinnen aber, die in dieser Weise unterstützt werden, erhalten nach den Bestimmungen der Kriegswochenhilfe außerdem die 25 Mk. Entbindungshilfe oder freie Behandlung durch eine Hebamme, eventuell außerdem 10 Mk. für Hebamme oder ärztlichen Beistand während der Schwangerschaft und das Stillgeld in Höhe von 50 Pf. täglich auf die Dauer von 12 Wochen. Auf das Wochenlohn von 1 Mk. pro Tag haben diese Frauen keinen Anspruch. Dafür beziehen sie das satzungsgemäße Krankengeld, das sowohl höher wie auch niedriger sein kann.

Die Unkenntnis über diese Bestimmungen der Kriegswochenhilfe ist ungeheuer groß. Sie ist nicht

nur bei den Kassenmitgliedern vorhanden und in den Reihen der Kriegserfrauen, sondern auch bei den Krankenpflegerinnen. Die Fälle sind gar nicht so selten, wo Frauen mit ihren Ansprüchen zunächst abgewiesen wurden, obwohl diese berechtigt waren. Häufiger kommt es natürlich vor, daß Ansprüche erhoben werden, wo sie nicht bestehen.

Saber ist es von Wichtigkeit, daß die weiblichen Kassenmitglieder und die Frauen von Kriegsteilnehmern genau informiert werden über die Rechte, die ihnen nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnung über die Kriegswochenhilfe zustehen und über die Vorbedingungen, unter denen sie geltend gemacht werden können. Nur dann wird diese ihren Zweck erfüllen und einer großen Anzahl Frauen in der Tat die Hilfe bringen, die das Interesse an der allgemeinen Volksgesundheit in dieser schweren Zeit besonders nötig macht.

Konsumenten und wirtschaftliche Disziplin.

Ueberraschend schnell hat sich das deutsche Volk an die völlig veränderten Verhältnisse gewöhnt, die durch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung in den letzten Monaten eingetreten sind. Die staatliche Regelung des Handelsverkehrs mit den wichtigsten Nahrungsmitteln zeigte weitestgehende, verständnisvolle Mitarbeit der Verbraucher voraus, wenn ihre praktische Durchführung nicht auf große technische Schwierigkeiten stoßen sollte. Wohl haben, wie ja gar nicht anders möglich, in den ersten Tagen nach der Beschlagnahme der Getreidevorräte, nach der Einführung der Brotkarten, kleine Reibungen, Stockungen und Schwankungen im Wirtschaftsleben sich nicht ganz vermeiden lassen; heute aber haben sich bereits, das darf man, ohne zu übertreiben, behaupten, alle Räder des volkswirtschaftlichen Betriebes auf das neue Tempo eingelaufen und alles vollzieht sich auf den neu gereinigten Gebieten des Wirtschaftsverkehrs glatt und geräuschlos.

Ein Triumph der organisatorischen Kraft des deutschen Volkes ist diese spielend leichte Anpassung, die wir in den letzten Wochen sich vollziehen sahen, der organisatorischen Kraft, die durch eine lange und gründliche Schule der Organisation erprobt und gefestigt worden ist. Wie oft hat man nicht im Auslande die deutsche „Rezeinmeyererei“ spöttisch belächelt, wie oft nicht im Lande selbst über die Menge unserer Organisationen gewöhelt, die von den Gewerkschaften bis zum Bund der Landwirte in einer Anzahl von gewerblichen, gesellschaftlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Vereinigungen wohl jeden Deutschen in mindestens einem Verein oder Verband umschließen. Jetzt mag wohl nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande in einsichtigen Kreisen ein anderes Urteil Platz greifen, denn nicht laut genug kann es gesagt werden: dadurch, daß jedem Deutschen, der irgendeiner Gruppe, irgendeinem Verbande angehört, als Bedingung dieser Zugehörigkeit die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Unterordnung unter das Wohl dieser Gemeinschaft sowie ein lebendiges Gefühl für Disziplin eingeimpft wird, ist er von vornherein in ganz besonderer Maße befähigt, sich nicht nur blind gehorchend, sondern mit vollem Verständnis der Disziplin zu fügen, die jetzt das Vaterland bei der Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen vom Staatsbürger fordern muß. Und nur eine solche verständnisvolle Anpassung konnte das glatte Funktionieren der ungeheuren Umgestaltung des wirtschaftlichen Apparates, wie sie erfolgte und noch ständig weiter erfolgt, gewährleisten.

Wie lebendig dieses Gefühl für Disziplin und für Organisation bei den Verbrauchern ist, haben sie gezeigt, indem sie es verstanden haben, sich jetzt im Kriege eine eigene zentrale Organisation zur Überwachung der Durchführung der Regierungsmaßnahmen sowie zur Erstrebung ihres weiteren Aufbaues zu schaffen, der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen, dem bisher schon 7 Millionen deutsche Verbraucher angehören, dem auch unser Verband angeschlossen ist und der bereits eine äußerst erfolgreiche Tätigkeit entfalten konnte, über die zu berichten wir mehrfach Gelegenheit hatten.

Schlagerend konnte der Wert jeglicher Organisation durch seine Theorie dargelegt werden, als es jetzt durch die Ereignisse geschah. Nun aber haben Disziplin und Organisation weiter für das Funktionieren der wirtschaftlichen Maschine zu sorgen. Die Disziplin muß jeden dazu veranlassen, aufs strengste nicht nur in seinem eigenen Kreise, sondern soweit sein Blick überhaupt reicht, darüber zu wachen, daß die wirtschaftlichen Vorschriften ihrem Wortlaut und Zwecke nach genauestens befolgt werden, vom Konsumenten, aber auch ganz besonders vom Händler und Produzenten; das Disziplingefühl muß jedem die Notwendigkeit ins Bewußtsein hämmern, daß der einzelne die Pflicht hat, zum Wohle aller jetzt sein wirtschaftliches Leben zu regeln, und daß jeder Bruch dieser Disziplin durch

Mitteilung an die zuständige Organisation zur Weitergabe an oben genannten Kriegsausgleich oder an die Polizeibehörden sühnungslos zu ahnden ist. Jeder einzelne ist jetzt mehr denn je zu seinem Teile verantwortlich für das Wohl des Ganzen: Deutscher Organisationsgeist, deutsche Disziplin werden, wie militärisch, so auch wirtschaftlich aus zum Siege führen!

Aus Industrie und Handel.

Von der Automobilindustrie. Daß der Kraftwagen in seiner verschiedenartigen Gestalt im gegenwärtigen Kriege eine ganz bedeutende Rolle spielt, ist wohl allgemein bekannt. Aber auch die gewagtesten Schätzungen dürften wahrscheinlich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Die illustrierte Zeitschrift „Der Sport im Bilde“ hat ihr Heft 9 als Sondernummer „Das Kraftfahrzeug im Kriege“ herausgegeben und macht darin über die Verwendung der Kraftwagen im Felde folgende Mitteilungen:

Frankreich hat Ende Juli ein Ausfuhrverbot für Automobile erlassen und kurz zuvor eine Zählung dieser Fahrzeuge vorgenommen. Vorhanden waren bei Ausbruch des Krieges 18 000 Militärautomobile aller Art und beansprucht wurden noch 50 000 Privatautomobile. Dazu kamen noch 1000 Autobusse der Stadt Paris.

England hat rund 20 000 Automobile auf dem Stampflplatz, darunter 1000 Autobusse der Stadt London.

Deutschland hat 30 000 Militärautomobile und dazu ungefähr 25 000 Privatautomobile mit Belgien belegt, so daß diese drei Staaten, ohne Belgien, Rußland und Österreich, rund 150 000 Automobile an der Front haben.

Rechnet man nun die große Abnutzung der Kraftwagen bei den ungeheuren Anforderungen, die an sie im Kriege gestellt werden und ihre unansehnliche und nur teilweise mögliche Ergänzung in erster Linie aus vorhandenen Beständen, so darf wohl damit gerechnet werden, daß gerade diese Industrie nach dem Kriege vollauf zu tun bekommen wird. Vor allem wird auch die Lastwagenindustrie vermehrte Beschäftigung erhalten, denn der Mangel an schweren Zugmaschinen, der nach Beendigung des Krieges vorhanden sein wird, wird größere Werke (Mühlen, Transportgeschäfte und Brauereien) veranlassen, von der lebenden Kraft mehr noch wie bisher zum motorischen Bewegungsmittel zu greifen.

Ein Milliardenstrom an Seereslieferungen. Welche Bedeutung gerade die Seereslieferungen für die deutsche Industrie haben, erhellt aus einer Angabe, die kürzlich der nationalliberale Abgeordnete Dr. Grafemann in einem Vortrag machte, den er in einem Berliner Verein hielt. Er sagte dort, daß der Ausfall der deutschen Industrie infolge der englischen Blockade durch die Seereslieferungen wieder weitgemacht werde. Bis jetzt hätten die Seereslieferungen die Nielsensumme von zehn Milliarden Mark erreicht, d. h. soweit wie der deutsche Außenhandel im Jahre 1913 betrug.

Korrespondenzen.

Jena. (E. 27. 3.) Am 10. März fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, in der Gauleiter Kollege Busch über den neuen Reichsstarif referierte. Er gab der Versammlung ein anschauliches Bild von der Entwicklung und Ausdehnung unseres Berufs durch die ungeheuren Aufträge seit Beginn des Krieges, und führte weiter aus, daß aus infolge dessen die Ware Arbeitskraft bedeutend im Preise gestiegen sei, was in Hinsicht auf die teuren Lebensmittel zu begründen ist. Um nun auch für Friedenszeiten einige Vergünstigungen zu erhalten, war es zweckmäßig, eine Regelung der Arbeitsbedingungen festzulegen, was durch den Reichsstarif geschehen ist. Sodann führte der Referent verschiedene wichtige Punkte aus den Reichsstarifverhandlungen über Regelung der Heimarbeit, Zwischenermeisterstufen und Festlegung der Arbeitszeit vor Augen und appellierte an die jüngeren Kollegen, sich zu organisieren und jederzeit die Interessen unseres Berufs zu wahren.

Genossenschaftliches.

Die Konsumentgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumentenvereine im Jahre 1914. Die bei weitem größte Gruppe der an den Zentralverband deutscher Konsumentenvereine angeschlossenen genossenschaftlichen Organisationen bilden die Konsumentenvereine. Die alljährlich über den Stand der Konsumentenvereine aufgenommenen Statistiken sind bis Ende des Jahres einzuliefern, sie berücksichtigen den Stand der Konsumentenvereine auf Grund des letzten Jahresabschlusses, der bei der größeren Konsumentenvereine gewöhnlich am 30. Juni, bei den kleineren Konsumentenvereinen am 30. September stattfindet. Somit liegt der Jahresabschluss der in der Statistik berücksichtigten Konsumentenvereine in der Hauptsache noch vor Kriegsbeginn. Auf das Ergebnis der statistischen Ermittlungen über den Stand

der Konsumvereine hat daher der Krieg einen entscheidenden Einfluss nicht ausgeübt, abgesehen von den zwei Kriegsjahren August und September, die in das Geschäftsjahr der kleineren Konsumvereine fielen. Die Zahl der an den Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften erfuhr einen Rückgang von 1157 auf 1109. Die Krise des Rückgangs in die Bezirkskonsumvereinsbewegung, d. h. der Zusammenfassung kleinerer Konsumvereine zu größeren und die Auflösung kleinerer Konsumvereine durch benachbarte große Vereine. Die Zahl der bestehenden Konsumvereine erfuhr einen Rückgang von 1129 auf 1091. Sinegan lag die Mitgliederzahl von 1 621 195 auf 1 717 519, das sind 5,9 Proz. Der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr eine Zunahme von 472 Millionen Mark auf 483 Millionen Mark oder um 4,4 Proz.

An dem laufenden Geschäftsjahre der Konsumvereine wird sich die Einwirkung des Krieges voll bemerkbar machen. Soweit unsere Beobachtungen reichen, glauben wir jedoch nicht, einen nennenswerten Rückgang unserer Konsumgenossenschaftsbewegung fürchten zu müssen. Die beiden zentralen genossenschaftlichen Organisationen, die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine, die in ihrem Jahresberichte fünf Kriegsjahre zu berücksichtigen haben, haben beide eine, wenn auch nicht erhebliche Zunahme des Umsatzes zu verzeichnen gehabt. Daraus darf geschlossen werden, daß auch die einzelnen Konsumvereine der mannigfachen Schwierigkeiten Herr werden, und daß das deutsche Wirtschaftleben trotz des Krieges außerordentlich gesund und kräftig ist. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung darf mit berechtigtem Vertrauen in die Zukunft blicken, und das um so mehr, je mehr überall die Mitglieder gegenüber ihren Genossenschaften und die Genossenschaften selbst gegenüber ihren Zentralen unbedingte genossenschaftliche Hingabe und Treue üben.

Rundschau.

Der Reichstag war in der Zeit vom 10. bis 20. März zur Lösung außerordentlich bedeutender Aufgaben zusammengetreten, deren Beratung in der Hauptsache den Kommissionen oblag. Die Fragen der Wehr-, Kartoffel- und Viehbesorgung standen im Mittelpunkt der Debatten. Den von den Gewerkschaften aller Richtungen eingereichten Vorschlägen zur Regelung der Arbeitsnachweisfragen stimmte der Reichstag mit Ausnahme der Rechten zu. Ferner stellte sich der Reichstag einer besseren Versorgung der Familien der Kriegsteilnehmer, sowie einer Regelung der Pensionsbezüge der Kriegsinvaliden und der Kriegserwitwen sparsam gegenüber. Die Beschränkung der Meinungsfreiheit durch die Presse sowie die Festsetzung aller Ausnahmegesetze wurden gefordert und ist zu erwarten, daß auch auf diesem Gebiete eine Besserung eintreten wird. So wichtig auch die Behandlung vorkommender Fragen war, sie wurden noch übertrag von der Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Budget. Bedauerlich und gegen jede Disziplin ist das Verhalten der Abgeordneten Liebschütz und Mühlke, wenn wir auch nicht die Beweggründe der vom „Vorwärts“ veröffentlichten „Dreißig“ als stichhaltig anerkennen. Wir unterscheiden voll und ganz, wenn das „Correspondenzblatt“ dazu meint:

„Wir sind überzeugt davon, daß die Reichstagsfraktion nicht anders handeln konnte, als sie es tat. Die Größe des Augenblicks hat unsere Partei zu einer großen und guten Tat befähigt, die sie vor jedem Parteitag verantworten kann. Daß nicht alle Mitglieder der Fraktion sich dieser Entscheidung anschließen, kann nicht die Bedeutung der letzteren für die Sache des deutschen Volkes schmälern, wenn es auch für den künftigen Parteifrieden nicht ohne Einfluß bleiben wird. Vom Gesichtspunkte der Parteeinheitslichkeit, die gerade im gegebenen Moment hätte gewahrt werden müssen, muß die Flucht eines erheblichen Teils der Fraktionsmitglieder vor der Abstimmung beklagt werden, auch wenn diese Genossen durch ihre Abstinenz nur ihr formales Recht ausgeübt haben. Noch bedauerlicher ist es, daß diese Abstimmungsflucht sich in fast demonstrativer Form vollzog und ergänzt wurde durch die Veröffentlichung der Namen der „Unentwegten“ im „Vorwärts“, was einer Flucht der Minderheit in die Öffentlichkeit gleichkam. Ob das sogenannte „Zentralorgan“ der Partei den Budgetgegnern mit ihrer öffentlichen Kampfmachung einen Dienst erwiesen hat, kann füglich bezweifelt werden, da, wie die „Schwab. Tagwacht“ zu berichten weiß, nur der kleinste Teil dieser Minderheit grundsätzlich Gegner der Kriegskredite war, während ein Teil die letzteren in Höhe von 10 Milliarden, ein anderer in Höhe von 5 Milliarden bewilligen wollte. Nur das Gesamtbudget wollten sie nicht annehmen, weil sie sich an formale Parteitagebschlüsse gebunden glaubten, deren Unzulänglichkeit für diesen Fall wie bereits nachgewiesen haben.

Hätten diese Abstinenz üübenden Genossen immer noch das formale Recht auf ihrer Seite, so bedeutet

das Verhalten der Abgeordneten Liebschütz und Mühlke, die im Plenum gegen den Etat stimmten, offenen Disziplinbruch, der bei Liebschütz als solcher im Rindfall zu beurteilen ist. Die Reichstagsfraktion hat dieses Verhalten in einer öffentlichen Erklärung auf das entschiedenste verurteilt. Solche Erklärungen haben natürlich keine andere Wirkung, als den Gegnern der Auffassungen zu warnen und den darin Genannten in gewissen Zirkeln der Partei noch ein besonderes Relief zu verschaffen. Ein Percepsit findet immer ein heiliges Publikum, nicht bloß im Auslande, und es bedarf wirklich engerer Maßnahmen gegenüber der bedenklichen Verwirrung der Rechtsbegriffe, wenn solcher Art nicht anstößend wirken soll. Es wäre unseres Erachtens wirklich an der Zeit, eine klare Grenze zwischen der Reichstagsfraktion und denen, die ihre Beschlüsse absichtlich und zum Schaden der ganzen Welt mit Füßen treten, zu ziehen.

Das Auftreten des Abg. Ledebour in der Schlussung ist ebenfalls geeignet, den stärksten Widerspruch der Arbeiterschaft hervorzurufen. Es darf auch in diesem Falle nicht nur bei der Zurückweisung durch den Abg. Scheidemann verbleiben, damit die Arbeiterbewegung in Zukunft von solchen Blamagen verschont bleibt.

Ein Zufriedener. Er torkelte gerade aus einem Restaurant, als ich vorbeikam. Wir hatten früher einmal in derselben Werkstatt miteinander gearbeitet, dann verlor ich ihn mehrere Jahre aus den Augen. Ich erkannte ihn aber jetzt sogleich wieder, er mich auch. Er begrüßte mich recht kollegial und mit widerlichem Grinsen. Ich merkte, daß er angegrunzt war. Ich hatte ihn früher schon nicht leiden gemocht, jetzt stieß er mich direkt ab. Er war mit auffallender Eleganz gekleidet, so ungefähr, wie es die Reiter lieben, wenn sie sich in europäische Kultur stürzen. Seine Augen blickten hier, glückselig redete er mich an.

„Na, Du ollet Haus!“ Und als ich rasch weiter wollte: „Man jachteten, Freund, wir müssen erst Wiedersehen feiern!“ Auf die Antwort, daß ich kein Geld hätte für irgend etwas zu „feiern“, klopfte er mir jovial auf die Schulter und fuhr dann mit den Händen tief in die Hosentaschen.

„Geld wie Mist“, sprach er. Dann wühlte er prüfend wie ein Engroschlächtermeister in den Geldtaschen herum, die lose in seinen Taschen klappten. „Mensch, uns fehlt nicht, id verdiene meine

150 Gummchen die Woche, jawohl, die Hungerzeiten sind vorbei. Unter dem machen wir's nicht mehr.“ „Bist Du noch im Verband?“ fragte ich ganz unvermittelt.

„Na -- wa -- Verband?“ stotterte er perplex. „Mensch laß mir in Ruhe mit Deim Quatsch, was geht mir Dein Verband an, der kann mir mal jut sein, wenn er will.“

„Na“, sagte ich, „der Krieg nimmt ja auch mal ein Ende.“

„Weinetwegen kann er zehn Jahre dauern, je länger, je lieber“, war die Antwort des Gemütsmenschen.

Es gibt im Leben Momente, wo es auch denjenigen, der sonst Gewalttätigkeiten verabsieht, bedenklich in den Fingerringen juckt. Hier erlebte ich einen solchen Moment. Ich gedachte unserer braven Brüder draußen, die seit Monaten in Lebensgefahr ihren Mann stehen und alle Unbilden ertragen müssen. Ich gedachte jener Kompanie, die auf einer Weichselinsel eingegraben, vom freigegebenen Wasser überflutet wurde und darin 24 Stunden zubringen mußte, bis Vioniere kamen und unter schwersten Opfern und Gefahren ihre Kameraden retteten. Und dann hier dieser Strunk ...!

Ich habe nicht zugehört, nur ausgeipult. Ich hörte noch, wie er „Affe“ schrie und dann eine Trojchte heranzief. F. U.

Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

Ferdinand Hagenau-Berlin, 26 Jahre alt; Max Steiner-Konstanz, 31 Jahre alt.

Braunschweig. Im Alter von 28 Jahren starb am 12. März unser Mitglied Bruno Pohl an der Schwindsucht.

Offenbach a. M. Am 21. März verstarb unser Mitglied Philipp Georg Sinkel, Portefeinler, im Alter von 71 Jahren. Am 24. März der Portefeinler Joseph Lacroix im Alter von 60 Jahren.

Dresden. Im Alter von 48 Jahren verstarben unsere Mitglieder Emil Friedel und Fritz Sollmann im Alter von 20 Jahren. Ehre ihrem Andenken.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeinler und Berufsgenossen Deutschlands, V. a. G.
(früher C. G. Nr. 64) zu Berlin.

Die Wohnung des Unterzeichneten befindet sich jetzt
Berlin NW. 52, Calvinstr. 22.

Alle Zuschriften in Klassenangelegenheiten bitten wir von jetzt ab an diese Adresse zu richten.
Der Vorstand.
A. A. Wilhelm Giese.

:: Sattler ::
für Militärarbeiten

(Sackler, Patronenmacher, Leibernen usw.) können sofort bei uns anfangen.

Günstige Bedingungen.
v. Dollfs & Helle
Braunschweig, Hildesheimer Str. 8.

Tüchtige Sattler

auf Infanterie-Zornister und Lederausrüstungsgegenständen zum sofortigen Eintritt gesucht. Bei Versicherung guter Arbeit wird dauernde Beschäftigung garantiert und nach sechsmonatlicher zufriedenstellender Arbeitsleistung die Reise vergütet.

Heinrich A. Grebenstein,
Meißerartefel- und Militäraufkleber-Fabrik.
Hannover.

Tüchtige, auch jüngere
Sattler
finden lohnende und dauernde Beschäftigung auf Militärarbeit. Sehr gute Bezahlung nebst hoher Kriegszulage!
L. Giesemann, Fabrik für Heeresausrüstung,
Straßburg i. El., Trankgasse 9.

Sattler - Ahlen, das Beste vom Besten!
- Werkzeuge, größte Auswahl, feinste Qualität.
Ebeling & Dühlmeyer, Elberfeld.

Sattler
auf große Säcke sofort oder später.
Horstmann & Sander,
Hannover.
Eine seit 85 Jahren mit gutem Erfolg geleitete
Sattler- und Tapezierer-Werkstatt
ist sofort zu übernehmen. Offerten unter 8409 an die Expedition dieser Zeitung.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeinler und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63
Ge gründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.